

# Die Wahlkampagne der Sudetendeutschen Partei 1935

Marco Zimmermann

**Abstract:** In 1935, the Sudeten German Party (SdP), originally founded as Sudeten German Heimatfront (SHF) just 20 months before, gained more than 63 percent of the German voters and became suddenly the most important voice of the German minority in the Czechoslovak Republic. The victory was the first step on the way to the secession of the German inhabited areas of Czechoslovakia to Nazi Germany by the Munich agreement in 1938. The article analyses the election campaign of the party in 1935 on the basis of archival documents from the Czech national archives. It aims to find out how it was possible for a completely new movement to gather so much support in such a short time. The examination of the constitution of the party and strategies used to mobilize voters has proved that the idea of the *Volksgemeinschaft* (“people’s community”) played the most important role for the political success of the SHF/SdP. However, the meaning of the term *Volksgemeinschaft*, used also by the Nazi movement in Germany, was adjusted by SHF/SdP leaders to the specific Czechoslovak political and social reality. Besides that, an excursion into the finances of the party has revealed the suspicion that SHF/SdP was financed from the Nazi Germany to be only partly true.

**Keywords:** German minority in Czechoslovakia; 1933–1935; Sudeten German Heimatfront; Sudeten German Party; *Volksgemeinschaft*; Election Campaigns

In der Geschichte der Deutschen in der Ersten Tschechoslowakischen Republik spielt die Sudetendeutschen Partei (SdP) eine ganz besondere Rolle. Am 19. Mai 1935 erzielte die Partei bei den Wahlen zur tschechoslowakischen Nationalversammlung ein Ergebnis, das sich niemand in der Republik hatte vorstellen können: Sie erhielt 15,2 Prozent der abgegebenen Stimmen<sup>1</sup>,

1 Wahlen in die Nationalversammlung am 19. Mai 1935, in: *Statistisches Jahrbuch der Čechoslowakischen Republik*, Prag 1937, S. 279–280.

das entsprach ca. 63 Prozent der deutschen Stimmen.<sup>2</sup> Damit erzielte sie sogar 0,9 Prozent mehr als die stärkste tschechoslowakische Partei, die Agrarier. Aufgrund des Stimmenausschüttungssystems wurde sie aber nur zur zweitstärksten Partei im Tschechoslowakischen Parlament.<sup>3</sup>

Dabei hatte nicht viel gefehlt, und die Partei, die im Oktober 1933 vom Turnlehrer Konrad Henlein<sup>4</sup> unter dem Namen „Sudetendeutsche Heimatfront“ (SHF) gegründet wurde, wäre gar nicht zu den Wahlen zugelassen worden. Wegen des Verdachts auf Staatsfeindlichkeit drohte der SHF im April 1935 das Verbot durch die Regierung. Staatspräsident Tomáš G. Masaryk erlaubte die Kandidatur schließlich doch noch, er stellte aber eine Bedingung: Der Ausdruck „Front“ im Namen war ihm zu militärisch, daher sollte er in „Partei“ geändert werden.<sup>5</sup>

Henlein fügte sich, auch wenn er in seinem Gründungsaufruf eigentlich zum Ausdruck gebracht hatte, dass die Heimatfront keine Partei im klassischen Sinne sein sollte, sondern eine Sammlungsbewegung: „Das Volk hat das engherzige Parteienwesen satt, es will nicht mehr den „Parteien- und Völkerhass“, stattdessen sehnt es sich nach einem gerechten Aufbau einer Volksgemeinschaft durch die Überwindung des Partei- und Klassenkampfes [...]“.<sup>6</sup> Er erhob darin den Anspruch, alle Deutschen in der Tschechoslowakei, die auf dem Boden der Volksgemeinschaft und der christlichen Weltanschauung stünden, in der Sudetendeutschen Heimatfront zusammenzuführen.<sup>7</sup>

2 JÖRG KRACIK, *Die Politik des deutschen Aktivismus in der Tschechoslowakei 1920–1938*, Frankfurt am Main 1999 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 833), S. 299–300.

3 Die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (DSAP) erzielte bei den ersten Wahlen der Tschechoslowakei 1920 mit 48 Prozent das bis dato höchste Ergebnis der deutschen Parteien, NORBERT LINZ, *Die Binnenstruktur der deutschen Parteien im ersten Jahrzehnt der ČSR*, in: *Die erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat*, hrsg. v. K. Bosl, München 1979, S. 201–223, hier S. 204.

4 Zur Person Konrad Henleins: RUDOLF JAHN, *Leben und Werk des Turnführers*, Karlsbad 1938, VERONIKA ARNDT, *Die Fahne von Saaz. Konrad Henlein in seiner Zeit*, Magdeburg 1998, RALF GEBEL, *„Heim ins Reich!“. Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland (1938–1945)*, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 83, München 1999 und EMIL HRUŠKA, *Konrad Henlein. Život a Smrt*, Praha 2010.

5 Kampf um das Verbot der Henleinfrent, Koch an AA, 6. April 1935, in: *Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag 193–1935. Vom Vorabend der Machtergreifung in Deutschland bis zum Rücktritt von Präsident Masaryk 1933–1935*, Hrsg. v. S. und H. Dolezel, Band 4, München 1991 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 49/IV), Dok. 110 und 110a, S. 224–228.

6 Gründungsaufruf der SHF, 1. Oktober 1933, in: *Konrad Henlein spricht*, Karlsbad 1934, S. 5.

7 Ebd.

Nachdem die Tschechoslowakei durch das Münchener Abkommen die deutsch besiedelten Grenzgebiete an Deutschland abtreten musste, wurde die Partei, deren Orientierung an der nationalsozialistischen Politik Deutschlands ab dem Jahr 1937 als gesichert gilt,<sup>8</sup> am 1. Oktober 1938 aufgelöst. Gleichzeitig wurden ihre Mitglieder in die Nationalsozialistische Arbeiterpartei (NSDAP) übernommen.

Die Forschung in der Nachkriegszeit neigte dazu, die SHF/SdP als bloße Filiale der reichsdeutschen NSDAP zu betrachten. Henlein wurde vorgeworfen, er habe die Deutschen in der Tschechoslowakei zu einer „fünften Kolonne“ Hitlers umgeformt und immer schon auf einen Anschluss der sudetendeutschen Gebiete an Deutschland hingearbeitet. Diese These wurde vor allem von tschechoslowakischen, aber auch von einigen ostdeutschen Historikern vertreten, um eine Kollektivschuldthese zu untermauern, mit der die Vertreibung der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg gerechtfertigt werden sollte.<sup>9</sup> Im Gegenzug blendeten viele sudetendeutsche Historiker die Rolle des Nationalsozialismus und der SHF/SdP im Vorfeld des Münchener Abkommens aus und beschränkten sich auf eine Darstellung der Geschichte der Deutschen als „passive Opfer“ sowohl der reichsdeutschen als auch der tschechoslowakischen Politik.<sup>10</sup>

Eine Wiederbelebung der Diskussion fand 1996 durch einen Beitrag von Christoph Boyer und Jaroslav Kučera statt. Sie urteilten, dass die SHF/SdP „von Anfang an und in zentraler Position aber auch die meisten wesentlichen Elemente der nationalsozialistischen Weltanschauung enthielt; die Unterschiede reduzieren sich letztlich auf Nuancen“.<sup>11</sup> Daraufhin griff

8 Am 9. November verfasste Henlein einen Brief an Adolf Hitler, in dem er ihm seine Loyalität versicherte und einen Anschluss der deutschen Gebiete der Tschechoslowakei an Reichsdeutschland empfahl.

9 JAROSLAV ČESAR, BOHUMIL ČERNÝ, *Politika německých buržoazních stran v Československu v letech 1918–1938* [Die Politik der deutschen bourgeoisen Parteien in der Tschechoslowakei in den Jahren 1918–1938], 2 Bände, Praha 1960; OTTO NOVÁK, *Henleinovci proti Československu* [Die Henleinanhänger gegen die Tschechoslowakei], Praha 1987; GERHARD FUCHS, *Gegen Hitler und Henlein. Der solidarische Kampf tschechischer und deutscher Antifaschisten von 1933–1938*, Berlin 1961.

10 VOLKER ZIMMERMANN, *Geschichtsbilder sudetendeutscher Vertriebenenorganisationen und „Gesinnungsgemeinschaften“*, *ZfG* 53/2005, S. 912–924, hier: S. 916–919.

11 CHRISTOPH BOYER, JAROSLAV KUČERA, *Die Deutschen in Böhmen, die Sudetendeutsche Partei und der Nationalsozialismus*, in: *Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich*, hrsg. v. Möller, H. u.a., München 1996 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), S. 273–285, hier: S. 274.

Friedrich Prinz die Autoren in einer Rezension scharf an. Er unterstellte ihnen, „ideologisch weitgehend auf der Linie der alten tschechoslowakischen Staatsideologie“ zu liegen.<sup>12</sup> Die weitere Diskussion fand unter Beteiligung renommierter Historiker in der wissenschaftlichen Zeitschrift „Bohemia“ statt.<sup>13</sup> Allerdings brachte auch diese Debatte über den ideologischen Standort der SHF/SdP kein eindeutiges Ergebnis, weil für die Entwicklung der Partei nur wenig differenzierte Einzelstudien vorlagen.

Der vorliegende Aufsatz stellt eine solche Einzelstudie dar, die vor allem zur bisher bescheidenen Forschung über den Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei im Mai 1935 beitragen möchte.<sup>14</sup> Im Folgenden wird die Organisation der SHF/SdP analysiert, ihre Mitgliederwerbung und letztlich ihr Wahlkampf als zentrale Aktivitäten der Heimatfront. Damit sollen die konkreten Maßnahmen gezeigt werden, mit denen die SHF/SdP versuchte, die deutsche Bevölkerung für die Heimatfront und die Idee der Volksgemeinschaft zu gewinnen.

Natürlich haben auch andere Faktoren zum Erfolg der Henlein-Bewegung beigetragen. So darf sicherlich nicht die hohe Arbeitslosigkeit in den Grenzgebieten der Tschechoslowakei ausgeblendet werden, die für eine hohe Unzufriedenheit unter der deutschen Bevölkerung gesorgt hatte. In diesem Zusammenhang wirkten natürlich die Erfolge der NSDAP in Deutschland ebenfalls auf die deutsche Bevölkerung der Tschechoslowakei ein. Denn Hitler

- 12 FRIEDRICH PRINZ, Ein Sammelband auf wenigen alten Pfaden und vielen neuen Wegen, *FAZ* 15. 8. 1996.
- 13 Die Sudetendeutsche Heimatfront (Partei) 1933–1938: Zur Bestimmung ihres politisch-ideologischen Standorts, *Bohemia* 38/1997, S. 357–385, mit Beiträgen von C. Boyer und J. Kučera, Ronald Smelser, Václav Kural und Ralf Gebel.
- 14 Es existieren drei Studien jüngerer Datums, die einen genaueren Blick auf den Wahlerfolg richten: REINHARD SCHMUTZNER, Der Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei: Die Legende von der faschistischen Bekenntniswahl, *Zeitschrift für Ostforschung* 41/1992, S. 345–385; MICHAEL WALSH CAMPBELL, Henleins Flying Bicycle Brigades. The SdP in the 1935 General Elections, *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung* 53/2004, S. 200–207; DIETMAR NEUTATZ, Der Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei 1935 und die Macht der Diskurse, in: *Schlüsseljahre. Zentrale Konstellationen der mittel- und osteuropäischen Geschichte. Festschrift für Helmut Altrichter zum 65. Geburtstag*, hrsg. v. M. Stadelmann, L. Antipow, Stuttgart 2011, S. 293–311. Von allen drei zieht nur Campbell Archivadokumente zu Rate und wirft einen genauen Blick auf die Ereignisse vor Ort. Er konzentriert sich aber nur auf Henleins Wahlkampfreise unmittelbar vor der Wahl, während sich Schmutzner bemüht, den Erfolg der SHF/SdP als Ergebnis eines allgemeinen Rechtsrucks in der ČSR zu definieren. Einen neuen Weg beschreitet Neutatz, der den Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei mithilfe ihrer Diskurse analysiert.

kreierte das Bild eines geeinten und auch wirtschaftlich gestärkten deutschen Reichs, in dem die Arbeitslosigkeit zurückging und die Menschen wieder mehr Wohlstand genießen konnten. Auf welche Weise diese Aspekte ebenfalls auf den Wahlsieg der SHF/SdP einwirkten, kann aber in der vorliegenden Studie aus Platzgründen nicht weiter eingegangen werden.

Grundlage für die Arbeit sind Dokumente aus der Hauptleitung der SHF, die im Nationalarchiv in Prag verwahrt werden. Diese enthalten allerdings nur die Anweisungen der zuständigen Parteistellen. Zwar finden sich überall in den Weisungen Aufforderungen an die Ortsgruppen, monatliche Berichte über ihre Aktivitäten und Fortschritte abzufassen, doch leider konnte bisher keiner dieser Berichte gefunden werden. Aber auch ohne diese Berichte lässt sich nachzeichnen, mit welchen Instrumenten und Strategien die Führung der SHF die Deutschen für ihre Bewegung mobilisieren wollte und wie effizient der Apparat des für den Wahlkampf zuständigen Funktionärs Karl Hermann Frank<sup>15</sup> arbeitete.

### *Die Idee der Volksgemeinschaft*

Da die Heimatfront ohne konkretes Parteiprogramm antrat, rückte der Einigungsgedanke in den Vordergrund. Es wurde die Vision einer nur in Ansätzen definierten „Volksgemeinschaft“ beschworen, die alle Probleme der Deutschen in der Tschechoslowakei lösen sollte. Nun war das Konstrukt „Volksgemeinschaft“ nicht neu. Vor allem die Propaganda der Nationalsozialisten in Deutschland nutzte den Begriff, um die Illusion einer neuen Gesellschaft zu konstruieren, und als solcher war er bisher häufig Gegenstand der Forschung.<sup>16</sup>

Eine der Kernfragen, mit der sich die Historiker beschäftigt haben, war, ob das Konzept „Volksgemeinschaft“ dazu taugt, die bereitwillige gesellschaftliche Zustimmung und aktive Komplizenschaft der deutschen Bevölkerung an

15 Ausführliche Informationen zu K. H. Frank: RENÉ KÜPPER, *Karl Hermann Frank (1898–1946). Politische Biographie eines sudetendeutschen Nationalsozialisten*, München 2010.

16 Vgl. DAVID WELCH, Nazi Propaganda and the Volksgemeinschaft: Constructing a People's Community, *Journal of Contemporary History* 39/2004, S. 213–238; FRANK BAJOHRI – MICHAEL WILDT (Hrsg.), *Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 2009; Siehe auch DIETMAR REEKEN, MALTE THIESSEN (Hrsg.), *Volksgemeinschaft als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort*, Paderborn 2013.

Unterdrückung, Krieg und Holocaust zu erklären.<sup>17</sup> Der britische Historiker Ian Kershaw hat drei verschiedene Arten identifiziert, wie das Konzept bisher in der Forschung verwendet wurde. Erstens zur Charakterisierung veränderter gesellschaftlicher Machtverhältnisse, zweitens als Begriff für „affektive Integration“ und drittens zur Beschreibung von Exklusion und Inklusion als prägende Merkmale der nationalsozialistischen Gesellschaft.<sup>18</sup> Allerdings muss das Konzept der „deutschen Volksgemeinschaft“ unter den Bedingungen der Tschechoslowakei anders verstanden werden, als es die Wissenschaftler in Bezug auf die deutsche NS-Geschichte verwenden.

Im öffentlichen Diskurs der deutschen Parteien in der Ersten Tschechoslowakischen Republik wurde der Begriff „Volksgemeinschaft“ häufig gebraucht, vor allem die nationalen Parteien beschworen ihn immer wieder. Der Führer der Deutschen Nationalpartei und spätere Erste Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft in der Bundesrepublik, Rudolf Lodgman von Auen, definierte den Begriff 1925 in einem Zeitungsartikel wie folgt: „Den Ausdruck ‚Volksgemeinschaft‘ hat die Deutsche Nationalpartei aufgebracht, in ihrem politischen Arsenal findet er sich als Gegensatz zur Klassen- oder Standespartei und soll das politisch bewusste Zusammengehörigkeitsgefühl ohne Rücksicht auf Klasse oder Stand bezeichnen.“<sup>19</sup>

Lodgmans Behauptung, die Nationalpartei habe den Begriff erfunden, ist sicherlich übertrieben. Es zeigt aber, dass er im politischen Diskurs der deutschen Öffentlichkeit in den 1920er Jahren durchaus gebräuchlich war. Dies bestätigte auch Dietmar Neutatz mit seinen Forschungen zur Rolle der Diskurse beim Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei. Er kam zum Schluss, dass im nichtmarxistischen Lager 1929 ein parteiübergreifender Diskurs herrschte. Er habe die Ablehnung des Klassenkampfes und des Parteienstreits sowie das Bekenntnis zur „Volksgemeinschaft“ beinhaltet.<sup>20</sup>

Vorrangig wurde unter dem Begriff eine Einigung aller Deutschen in der Tschechoslowakei subsumiert, denn bei einer Klassen- oder Interessenpolitik der Deutschen werde nur der nationale Feind, in diesem Fall die Tschechoslowakei, gestärkt. Das betonte auch Lodgman in seinem Artikel: „Als ob es einen Sinn

17 IANKERSHAW, „Volksgemeinschaft“. Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts, *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 59/2011, S. 1–17.

18 Ebd., S. 3.

19 RUDOLF LODGMAN VON AUEN, Von deutscher Volksgemeinschaft, *Deutsche Zeitung Bohemia* 24.03.1935. Zu Beginn des Artikels spricht die Schriftleitung davon, dass der Artikel ein Reprint vom 13.04.1925 sei, der Inhalt aber gerade zur Wahl 1935 zeitgemäß erscheine.

20 D. NEUTATZ, Macht der Diskurse, S. 308.

hätte, schöne klassenmäßige oder kulturelle Programme auszutüfteln und zu vertreten, während es in Wirklichkeit darauf ankommt, dass Sudetendeutschtum als Volkstum zu vernichten oder zu erhalten, als Volkstum, das als Ganzes im nationalen Gedanken leben oder im internationalen Klassengedanken zugrunde gehen wird.“<sup>21</sup>

Im Fall Reichsdeutschland verortet der Historiker Welch die Ursprünge dieses Einigungsgedanken in einer idealisierten Vergangenheit. In einer Zeit der Industrialisierung und des Klassenkonflikts hätten die Menschen ihre Entfremdung in die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft oder zu einem Volk umwandeln müssen.<sup>22</sup> Ein Erklärungsansatz, der sich sicherlich auch auf die Deutschen in den böhmischen Ländern anwenden lässt, zumal dort zur Industrialisierung und dem Klassenkonflikt auch noch eine gefühlte nationale Bedrohung durch die Tschechen kam.

Die Wirkung des Begriffs auf die Deutschen in der Tschechoslowakei charakterisieren Frank Bajohr und Michael Wildt am trefflichsten. In der Einleitung ihres Sammelbandes schreiben sie, die Volksgemeinschaft sei eher eine „Verheißung“ als die Realität sozialer und politischer Einheit und die Überwindung der Klassenschranken nach einer „nationalen Erhebung“. <sup>23</sup> Die politische Kraft der Volksgemeinschaft sei aus dieser Verheißung erwachsen, sie bestand in der Mobilisierung, nicht in der Feststellung eines sozialen Ist-Zustands. Diese Mobilisierung wollten sich die deutschen politischen Akteure vor allem des nationalen Spektrums in der Tschechoslowakei zu Nutze machen, gelingen sollte es aber erst der Sudetendeutschen Heimatfront in den 1930er Jahren.

### *Gründung der Sudetendeutschen Heimatfront*

Die Erste Tschechoslowakische Republik war eine repräsentative parlamentarische Demokratie. Die Interessen der Bürger wurden durch Parteien vertreten, die über Listen Sitze im Abgeordnetenhaus erringen konnten. Die Deutschen in der Tschechoslowakei brachten es auf ein sehr breit ausdifferenziertes Parteienspektrum. Am rechten Rand agierten die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) und die deutsche Nationalpartei

21 R. LODGMAN VON AUEN, Von deutscher Volksgemeinschaft, *Deutsche Zeitung Bohemia* 24. 3. 1935.

22 D. WELCH, Nazi Propaganda and the Volksgemeinschaft, S. 217.

23 F. BAJOHR, M. WILDT, *Volksgemeinschaft*, S. 8ff.

(DNP), mehr in Richtung Mitte orientierten sich die Deutsche Christlich-Soziale Volkspartei (DCSVP) und der Bund der Landwirte (BDL), während links der Mitte die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (DSAP) zu finden war. Die Kommunistische Partei war in der Tschechoslowakei ebenfalls vertreten, sie war jedoch die einzige übernational auftretende Gruppe. Neben den großen Parteien existierten zusätzlich noch eine Reihe kleinerer Akteure, zum Beispiel die deutsche Gewerbspartei (DGP). Diese Pluralität in der Interessensvertretung wurde vor allem aus dem nationalen Spektrum scharf kritisiert. Dort war man der Meinung, die Deutschen müssten mit einer Stimme sprechen, um gegen die tschechoslowakische Mehrheit ihre Interessen durchzusetzen. Bereits vor der Gründung der SHF versuchten daher verschiedene Personen und Parteien innerhalb informeller Zirkel die Deutschen in der Tschechoslowakei politisch zu einen. Vertreter der deutschen Parteien, der deutschen Jugendverbände und des Kameradschaftsbundes (KB)<sup>24</sup> hatten verschiedene Ideen, konnten sich jedoch nie auf ein gemeinsames Vorgehen einigen.<sup>25</sup> Dies änderte sich erst im Herbst 1933.

Am 30. September 1933 bestellte Konrad Henlein seinen engsten Mitarbeiter und Vertrauten, Walter Brand, nach Asch (Aš). Henlein wollte von ihm wissen, ob er und die restlichen Mitglieder des Kameradschaftsbundes ihn bei der Gründung einer neuen politischen Bewegung unterstützen würden. Vor dem Treffen hätten Brand zufolge mehrere Nationalsozialisten den Raum verlassen. Henlein habe ihm daraufhin erklärt: „Sie haben mir die Situation im Lande geschildert, woraus hervorgeht, dass das Sudetendeutschtum einer höchst gefährlichen Zeit entgegengeht, und da habe ich mich zu diesem Schritt entschlossen.“<sup>26</sup>

24 Der Kameradschaftsbund war politisch der aktivste und einflussreichste Ältestenbund der Jugendbewegung. Hervorgegangen war er aus einem Studienkreis, der sich aus sudetendeutschen Mitgliedern der von Walter Heinrich geführten Wiener Hochschulgilde Thule und der 1924 in Prag gegründeten studentischen Freischar Pädagogische Gemeinschaft zusammensetzte. Näheres zum Kameradschaftsbund vgl. JÖRG HOENSCH, Der Kameradschaftsbund. Konrad Henlein und die Anfänge der Sudetendeutschen Heimatfront, in: *Mentalitäten – Nationen – Spannungsfelder. Studien zu Mittel- und Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert*, Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 11, Hrsg. v. E. Mühle, Marburg 2001, S. 101–135.

25 1930 versuchten Politiker der DNP ohne Erfolg eine Sudetendeutsche Volkspartei zu gründen. Es folgte der Versuch, ein sudetendeutsches Notparlament zu etablieren und 1933 entstand auf Initiative des Deutschpolitischen Arbeitsamts der Sudetendeutsche Volksrat. Die Initiativen scheiterten meistens an der Weigerung der Sozialdemokraten und des BDLs, sich zu beteiligen, häufig aber auch an Differenzen einzelner Politiker untereinander.

26 WALTER BRAND, *Auf verlorenem Posten, ein sudetendeutscher Politiker zwischen Autonomie und Anschluss*, München 1985, S. 70.

Brand erklärte sich zur Zusammenarbeit bereit und erstellte dann auf Wunsch Henleins einen Aufruf, der am nächsten Tag in der Deutschen Tageszeitung „Bohemia“ erschien: „Ich rufe daher über alle Parteien und Stände hinweg zur Sammlung des gesamten Sudetendeutschtums auf und stelle mich an die Spitze dieser Bewegung. [...] Die Sudetendeutsche Heimatfront erstrebt die Zusammenfassung aller Deutschen in diesem Staate, die bewusst auf dem Boden der Volksgemeinschaft und der christlichen Weltanschauung stehen.“<sup>27</sup>

Nach Bekanntgabe der Gründung der Sudetendeutschen Heimatfront und der Selbstauflösung der DNSAP und der DNP<sup>28</sup> stand die neue Bewegung sofort unter dem Verdacht, nur ein Platzhalter für diese Parteien zu sein. Dieser Verdacht war nicht unbegründet, denn beide Parteien unternahmen Versuche, angesichts des drohenden Verbots durch den Staat Nachfolgeorganisationen zu gründen. Mitglieder sowohl der DNSAP als auch der DNP hatten Kontakt zu Henlein aufgenommen bzw. waren schon vor seiner Entscheidung zum Aufbau der Heimatfront wie auch bei der Besprechung des Gründungsaufrufs eingebunden worden.<sup>29</sup> Zu glauben, die Beteiligten hätten nicht versucht, ihre Vorstellungen einzubringen bzw. Henlein zu beeinflussen, wäre sicherlich naiv – machte Henlein doch den anwesenden Mitgliedern der DNSAP das Zugeständnis, politisch nicht belastete Nationalsozialisten in die Führung der Partei miteinzubeziehen.<sup>30</sup> Unbestritten ist aber die Tatsache, dass Henlein den Entschluss zur Gründung der Heimatfront selbstständig getroffen hat.<sup>31</sup>

Letztendlich ist es aber nur von begrenztem Interesse, ob die Gründung der SHF mit einer solchen Zusicherung der Machtteilhabe für die nationalen Parteien einherging oder nicht, da sich Henlein, sollte er ein solches Zuge-

27 Aufruf vom 1. Oktober 1933, in: *Konrad Henlein spricht*, S. 5.

28 Beiden Parteien drohte das Verbot durch den Staat nach einer zunehmenden Radikalisierung der Mitglieder, die sich an dem Erfolg der NSDAP in Deutschland orientierten wollten. 1933 war bereits, die Jugendorganisation der DNSAP nach dem so genannten „Volksportprozess“ verboten worden.

29 Brand berichtet in seinen Memoiren von mehreren Treffen von Funktionären der DNSAP und der DNP mit Henlein, in denen sie ihn zur Gründung einer eigenen Partei überreden wollten. Es sollen aber auch mehrere Personen an der Bearbeitung des von Brand geschriebenen Gründungsaufrufs beteiligt gewesen sein, die der DNSAP und der DNP angehörten. Eindeutig benannt hat Brand den Abgeordneten der DNP, Othmar Kallina. vgl. W. BRAND, *Auf verlorenem Posten*, S. 72.

30 W. BRAND, *Auf verlorenem Posten*, S. 70, auch ANDREAS LUH, *Der Deutsche Turnverband in der ersten Tschechoslowakischen Republik: Vom völkischen Vereinsbetrieb zur volkspolitischen Bewegung*, München 2006, S. 211.

31 A. LUH, *Der Deutsche Turnverband*, S. 211.

ständnis tatsächlich gemacht haben, nicht daran hielt. Dies fiel ihm auch nicht weiter schwer, da die Funktionsträger der aufgelösten DNSAP drei Jahre nicht gewählt werden und keine Parteiämter übernehmen durften. Sicher spielte es auch eine Rolle, den Staat, die Öffentlichkeit und auch den Kameradschaftsbund nicht gegen sich aufzubringen, indem innerparteiliche Funktionen mit Nationalsozialisten besetzt wurden.

Viele Mitglieder der aufgelösten Parteien sahen ihrerseits in der SHF eine Nachfolgeorganisation und die erhoffte Einigungsbewegung, die ihre nationalen Interessen nun vertreten würde. Zunächst jedoch rekrutierte sich der Großteil der Mitgliedschaft der Heimatfront überwiegend aus Mitgliedern der Wanderbewegung, aus dem Turnverband und aus den Volkstumvereinen, also aus einer parallelen, neben den klassischen Parteien existierenden, politischen Ebene.

Vor allem die frühen Funktionsträger gewann Henlein aus dem Turnverband. Sie waren politisch unbelastet, „volkstumstreu“ und ihm nicht zuletzt aufgrund seiner Reformen des Turnverbands<sup>32</sup> besonders verbunden.<sup>33</sup> Dadurch setzten sich die Führungsebenen der Heimatfront aus zumeist sehr jungen Leuten zusammen. Henlein selbst war 35 Jahre alt, Walter Brand erst 26. Sie unterschritten damit das Durchschnittsalter sowohl deutscher als auch tschechoslowakischer Politiker in der Republik deutlich, was sicher auch zur Attraktivität der neuen Bewegung beitrug.

### *Aufbau der SHF*

Nach dem Aufruf zur Gründung der Sudetendeutschen Heimatfront musste der organisatorische Aufbau eingeleitet werden. Die Basis der Partei bildeten die Ortsgruppen. Nötig zur Gründung einer solchen waren mindestens 20 Mitglieder, ansonsten hatten sich die Interessenten der nächstgelegenen Ortsgruppe anzuschließen. An der Spitze der Ortsgruppe stand die Ortsleitung, die einmal jährlich im Januar von einer Mitgliederversammlung gewählt und von der Bezirksleitung bestätigt werden musste. Sie bestand aus drei

32 Henlein formte den DTV in eine volkspolitische Bewegung um. Unter seiner Führung verdrängten der Sport sowie paramilitärische Disziplinen das ritualisierte traditionelle Turnen. Zudem führte er das „Führerprinzip“ ein, durch das der Turnverein soldatischer werden sollte. Die Erfolge seiner Arbeit waren auf dem „Saazer Turnfest“ 1933 zu bewundern. 20.000 Turner marschierten diszipliniert und mit militärischer Präzision auf und mehr als 50.000 Besucher standen für die „neuen“ Turner Spalier. Ebd., S. 200–201.

33 Ebd., S. 213, Fußnote 59.

Mitgliedern: Ortsleiter, Geschäftsführer und Zahlmeister. Alle drei hatten einen Stellvertreter, der jedoch nur beratend an den Sitzungen teilnehmen durfte. Wählen durfte jedes Mitglied der Ortsgruppe, wenn es seinen Mitgliedsbeitrag entrichtete. Die Leitung war der Ortsversammlung und allen übergeordneten Stellen gegenüber verantwortlich.

Die nächsthöhere Ebene war der Bezirksverband, der alle Ortsgruppen eines Gerichtsbezirks umfasste. Der Bezirksrat, der sich aus den Leitern der Ortsgruppen zusammensetzte, wählte wiederum einen Bezirksleiter, einen Geschäftsführer und einen Zahlmeister. Auch sie wurden einmal jährlich bestimmt und von der Kreisleitung bestätigt. Der Bezirksleiter konnte den Bezirksrat nach Bedarf einberufen, musste dies aber mindestens einmal im Monat tun. Die Ortsgruppenleiter hatten ebenfalls die Möglichkeit, den Bezirksrat einzuberufen, wenn dies mindestens ein Drittel der Mitglieder schriftlich forderten.

Darüber existierte der Kreisverband. Er bestand aus allen Bezirksverbänden eines Wahlkreises zur Wahl der Nationalversammlung. An der Spitze dieser Gliederung stand die vom Kreisrat (Leiter der Bezirksverbände) gewählte Kreisleitung. Alle weiteren Regelungen bestanden analog zur Bezirks- und Ortsleitung. Die Kreisleitung hatte die Möglichkeit, mit Zustimmung der Hauptleitung einen Kreistag einzuberufen, an dem jedes ordentliche Mitglied der SHF, das einer Gliederung im betreffenden Kreis angehörte, teilnehmen konnte. Auf den Kreistagen sollte ein Rechenschaftsbericht vorgetragen werden sowie über die allgemeine politische Lage und die weiteren Aufgaben berichtet werden.<sup>34</sup> Der Gesamtverband wurde schließlich von sämtlichen Kreisverbänden und Untergliederungen ohne Kreiszugehörigkeit gebildet. An der Spitze des Gesamtverbands stand die Hauptleitung. Die Organe der Hauptleitung waren: der Führer<sup>35</sup> und seine von ihm frei auswählbaren Stellvertreter, der Hauptausschuss, der Hauptrat, die obersten Führer der ständischen und berufsständischen Sachbereiche und schließlich die obersten Leiter der einzelnen Fachgruppen (z.B. Propaganda, Presse etc.).

Der Führer sollte alle drei Jahre von der Hauptleitung gewählt werden, allerdings nur auf Vorschlag des Hauptausschusses. Dessen sechs Mitglieder durften vom amtierenden Führer der SHF frei ernannt werden, das heißt sie mussten keinesfalls gewähltes Mitglied einer anderen Gliederung

34 Národní archiv Praha (weiter NA), Fond SdP, 4 HS, Karton 8, Entwurf zum Aufbau der „Sudetendeutschen Heimatfront“, Autor unbekannt (vermutlich. Brand), S. 6–8.

35 Ebd., S. 9–10. Im Organisationsschema wird der Kopf der Bewegung eindeutig als „Führer“ betitelt, die Bezeichnung wiederholt sich in zahlreichen weiteren Dokumenten.

sein. Dieser Hauptausschuss war das oberste politische Beratungs- und Entscheidungsorgan der SHF, das gleichzeitig die laufenden Geschäfte der obersten Instanz führte. Der Haupttrat setzte sich aus sämtlichen Kreisleitern zusammen, musste zu allen grundsätzlichen politischen und organisatorischen Fragen gehört und ebenfalls einmal monatlich einberufen werden. Vorsitzender war der Führer der SHF oder einer seiner Stellvertreter. Zwischen den einzelnen Funktionen der Hauptleitung durfte ausdrücklich Personalunion bestehen.<sup>36</sup>

Engster Mitarbeiter Henleins war der bereits mehrfach erwähnte Walter Brand. Brand hatte in Wien bei Othmar Spann promoviert und begann nach seiner Promotion im Januar 1932 Schulungstätigkeiten im Rahmen des Kameradschaftsbundes und des Deutschen Turnverbandes durchzuführen. Durch seine Schulungen und Diskussionen sowie seine verstärkte journalistische Tätigkeit in der „Jungen Front“, der Zeitschrift des Kameradschaftsbundes, war Brand in volkstumpolitischen Kreisen bekannt. Er wurde offizieller Geschäftsführer des KB, machte sich aber als Vertreter des Ständegedanken früh Feinde im nationalsozialistischen Aufbruchkreis.<sup>37</sup>

Weitere enge Mitarbeiter waren die ebenfalls dem KB angehörigen Willi Sebekovsky und Fritz Köllner. Im November 1933 wurden sie allerdings zusammen mit weiteren Mitgliedern und Sympathisanten der SHF inhaftiert. Henlein ernannte daraufhin Rudolf Sandner zu seinem Stellvertreter und Leiter seiner Kanzlei, Richard Lammel zum Organisationsleiter und Karl Hermann Frank zum Leiter des Pressedienstes. Nach der Entlassung der Inhaftierten erweiterte Henlein die Hauptleitung und besetzte sie um. Brand wurde Leiter der Kanzlei Henleins in Asch (Aš), Köllner erhielt die Funktion eines Rechtsbeistands und sollte die Wahlen vorbereiten. 1934 übernahm er dann von Lammel zusätzlich noch die Leitung der Hauptstelle in Eger (Cheb). Sebekovsky leitete das im Juni 1934 eingerichtete Informations- und Pressebüro der Heimatfront, Frank die Öffentlichkeitsarbeit und die Mitgliederwerbung und Sandner schließlich kümmerte sich um den Aufbau der Organisation. Zum weiteren Mitarbeiterstab zählten beispielsweise noch Wilhelm Rümmler als Chefredakteur der „Sudetendeutschen Rundschau“ sowie einige Berater, die nicht Mitglieder der Hauptleitung waren, wie etwa Hans Neuwirth, Ernst Kundt oder Heinrich Rutha.<sup>38</sup>

36 Ebd., S. 9–10.

37 W. BRAND, *Auf verlorenem Posten*, S. 57. Der Aufbruch war eine Zeitschrift, um die sich die Anhänger der aufgelösten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sammelten sowie andere, die mit dem staatsfreundlichen Kurs von Henlein und den KB-Leuten haderten.

38 J. HOENSCH, *Kameradschaftsbund*, S. 126–127.

Dieser bürokratische Organisationsentwurf erinnert sehr an die Struktur einer politischen Partei und widerspricht der Behauptung, die SHF wolle eine überparteiliche Sammlungsbewegung sein. Alle Untergliederungen waren demokratisch durch Wahlen legitimiert, eine Ausnahme bildete lediglich der Parteiführer. Da dieser Führer den Hauptausschuss, der die Parteispitze alle drei Jahre vorschlagen sollte, frei besetzen konnte, war es hier möglich, die demokratische Struktur der Satzung zu umgehen. Ebenso problematisch war die Möglichkeit, dass im Falle einer Nichtbestätigung eines gewählten Kandidaten durch die höhere Ebene ein Kandidat einfach ernannt werden konnte.<sup>39</sup> Generell kann also im Falle der SHF von innerparteilicher Demokratie gesprochen werden, die aber bei einigen wichtigen Punkten signifikante Schwächen aufweist.

Dem Organisationsschema lässt sich entnehmen, dass die SHF offensichtlich mit großem Zulauf rechnete, ließ doch die angestrebte Struktur mit vier Ebenen reichlich Spielraum für Entwicklungen. Ähnlich ging die Deutsche Nationalpartei zu Beginn der 1920er Jahre vor, als sie ebenfalls eine gewaltige Organisationsstruktur schuf, aber nie die entsprechenden Mitgliederzahlen erreichte. Eine weitere Parallele zur DNP bildete der Anspruch beider Parteien, eine politische Einheitsorganisation mit einer ständischen Interessenvertretung zu bilden und dafür eine derartig umfangreiche Organisationsstruktur zu schaffen.<sup>40</sup>

Wie aber erfolgte der Aufbau der Heimatfront in der Praxis? Die ersten Mitglieder der SHF waren natürlich Henlein mit der Mitgliedsnummer eins, Rutha hatte die Mitgliedsnummer zwei, Brand die drei und Sebekovsky die vier.<sup>41</sup> Aber es mussten Ortsgruppen gebildet werden, um den politischen Betrieb aufnehmen zu können. Dabei verließ sich die Gründungsgruppe der SHF auf ihre Verbindungen zur sudetendeutschen politischen Parallelebene, den Volkstumsorganisationen. So fuhren Brand und Rutha in die deutschen Dörfer und suchten nach Menschen, die als Vertrauenspersonen für die SHF geeignet schienen. Dabei griffen sie vor allem auf ihre Kontakte im Turnverband zurück. Brand berichtete, „dass sich auf Anhieb Hunderte von Männern fanden, die bislang treu und schlicht und einfach ihre Arbeit im Turnverband, im Bund der Deutschen oder in sonstigen Organisationen geleistet hatten, die sich zur Verfügung stellten“.<sup>42</sup>

39 NA, Fond SdP, 4 HS, Karton 8, Entwurf zum Aufbau der „Sudetendeutschen Heimatfront“, S. 11.

40 N. LINZ, *Binnenstruktur*, S. 220.

41 W. BRAND, *Auf verlorenem Posten*, S. 74.

42 Ebd., S. 80.

Dies zeigt, dass die Bereitschaft zur Mitarbeit, vor allem der Turner, groß gewesen sein muss. Letztendlich hofften sie, dass Henlein den gerade erst drei Monate alten Erfolg des Saazer Turnfests auf die politische Ebene übertragen würde. Bereits drei Wochen nach der Gründung existierte ein lockeres, aber noch dünnes Netz von Vertrauensleuten, verteilt über das gesamte Siedlungsgebiet der Deutschen.<sup>43</sup>

### *Organisatorische Erfassung der Sudetendeutschen*

Im Oktober 1933 verzeichnete die SHF nur vier Ortsgruppen,<sup>44</sup> soll aber etwa 9.500 Mitglieder gehabt haben. Im Januar 1934 existierten dann bereits 136 Ortsgruppen und die Mitgliederzahl war auf 12.976 gestiegen. Die für den ersten Monat des Bestehens angegebene Mitgliederzahl von 9.500 war wohl stark übertrieben. Es lag jedoch im Bereich des Möglichen, dass sich Brands Behauptung bewahrheitet hatte und die hohe Zahl durch die rekrutierten Vertrauensleute zustande gekommen war. Nach dem Januar 1934 stiegen die Mitgliederzahlen dann analog zu den Ortsgruppengründungen. Im April 1934 gab es 330 Ortsgruppen mit 32.271 Mitgliedern und ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Mitgliederzahl nach der Wahl im Juli 1935, als die SdP 371.315 Mitglieder verzeichnete, die in 3.101 Ortsgruppen organisiert waren.<sup>45</sup>

An die jeweiligen Vertrauenspersonen erging Ende Oktober 1933 ein Schreiben, in dem sie gebeten wurden, eine Ortsgruppe zu gründen. Mit bürokratischer Gründlichkeit legte die Hauptstelle die genaue Vorgehensweise fest. Zuerst sollte eine Gründungsversammlung stattfinden, zu der durch den Vertrauensmann des Ortes alle interessierten Personen einzuladen waren. Dabei galt es darauf zu achten, „unzuverlässige Elemente, die gesinnungsmässig nicht in unsere Bewegung gehören“ auszuschließen und keine Personen zu Amtswaltern zu wählen, die „in den letzten 6 Monaten vor Einstellung der Tätigkeit Funktionär einer der beiden Parteien war, die eingestellt wurden“. Am Tag nach der konstituierenden Versammlung, auf der die Wahl der drei Amtswalter (Ortsleiter, Geschäftsführer, Schatzmeister)

43 Ebd.

44 Karl Hermann Frank behauptete, am 4. 11. 1933 soll erste Ortsgruppe der SHF gegründet zu haben. vgl. „Ich gründe die 1. Ortsgruppe der Bewegung“, *Die Zeit* 12. 10. 1938, zitiert nach R. KÜPPER, *Karl Hermann Frank*, S. 61, Fußnote 60.

45 NA, SdP, 5 HS-OA, Karton 14. Statistische Abteilung des Werbeamts der SdP, Schaubilder Ortsgruppengründungen + Mitgliederzahlen.

durchzuführen war, musste eine Meldung über die Ortsgruppengründung an die staatliche Polizei oder die politische Behörde erfolgen.<sup>46</sup> Die Amtswalter in den Ortsgruppen hatten verschiedene Aufgabenbereiche. Der Ortsleiter leitete die Gesamttätigkeit und war den höheren Stellen gegenüber verantwortlich, der Geschäftsführer hatte den Leiter zu unterstützen, die laufenden Geschäfte zu führen und die Werbe- und Aufklärungsarbeit zu betreiben, der Schatzmeister schließlich war für die Erhebung der Mitgliedsbeiträge und die Verrechnung mit der Hauptstelle zuständig.

Mitglied konnte jeder Sudetendeutsche werden, der das 18. Lebensjahr vollendet hatte und sich zu den Grundsätzen der SHF bekannte. Die endgültige Aufnahme in die SHF erfolgte aber erst nach der Zustimmung durch die Hauptstelle, die Ortsgruppen hatten jedoch das Recht, ohne Angabe von Gründen einen Beitritt abzulehnen.

Der Mitgliedsbeitrag betrug 2,50 tschechoslowakische Kronen pro Monat,<sup>47</sup> zuzüglich einer Aufnahmegebühr von 3 Kronen. Arbeitslose mussten nur eine halbe Krone bezahlen, Kurzarbeiter immer im Monatswechsel 2,50 Kronen beziehungsweise eine halbe Krone. Die Aufnahmegebühr, der Arbeitslosenbeitrag sowie 2 Kronen des regulären Mitgliedsbeitrags gingen an die Hauptstelle der SHF, lediglich eine halbe Krone pro Mitgliedsbeitrag verblieben beim Ortsverein.<sup>48</sup>

Die Gründung neuer Ortsgruppen zur Erhöhung der Mitgliedszahlen war der SHF ein sehr wichtiges Anliegen. In den Weisungen an die Bezirke und Kreise wurde immer wieder die Gründung neuer und die Stärkung bestehender Ortsgruppen angemahnt. So gab die Hauptleitung die Parole aus: „Keine Gemeinde des Bezirks ohne Ortsgruppe der SHF! [...] Wir wollen in den nächsten sechs Wochen die bisherige Zahl der Ortsgruppen verdoppeln.“<sup>49</sup>

46 NA, SdP, 4-HS, Karton 8, Organisationsplan zur Ortsgruppengründung, Anlage 1 des Schreibens der Hauptstelle der SHF in Eger an alle Ortsvertrauensleute, 30. Oktober 1933.

47 Im Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper verdiente 1935 die am geringsten bezahlte Beamtin 837 Kronen brutto pro Monat, der Geschäftsführer des Verbandes, Rudolf Lodgman von Auen, erhielt 5838 Kronen, Ausweis der Gehälter 01. 01. 1935 – 31. 01. 1935. Siehe NA, SNS 1480 (Svaz německých samosprávných celků Teplice – Šanov 1919–1938), Karton 125. Ein Grubenarbeiter erhielt 1935 je nach geleisteten Schichten und Kohlerevier zwischen 800 und 1200 Kronen brutto pro Monat, THOMAS OELLERMANN, *Mehr als nur eine Partei. Die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakischen Republik 1918–1938*, im Januar 2014 an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf verteidigte, aber noch nicht veröffentlichte Dissertation.

48 NA, SdP, 4-HS, Karton 8, Vorläufige Richtlinien für die organisatorische Arbeit der Ortsgruppen, Anlage 2 des Schreibens der Hauptstelle der SHF in Eger, 30. Oktober 1933.

49 Ebd., Bezirksweisung Nr. 3 an alle Bezirksleiter und Bezirksvertrauensmänner, 9. März 1934.

Aber auch die Mitgliederzahl in den bereits bestehenden Ortsgruppen sollte erhöht werden, verbunden mit einer verstärkten Werbetätigkeit. Um dieses Ziel zu erreichen, hatte „in jeder Gasse (Straße), zumindest aber in jedem Sprengel (Häuserblock); für jeden besonderen Berufsstand, in Genossenschaften (Bäcker, Bergarbeiter, Beamtschaft usw.); in den großen Organisationen, Gewerkschaften, Verbänden und Vereinen je ein Kamerad das Amt eines Werbers und gleichzeitig eines besonderen Vertrauensmannes“<sup>50</sup> zu versehen.

Im Oktober 1934, nach einer Großveranstaltung der SHF in Böhmisches-Leipa (Česká Lipa) beschloss die Hauptleitung nochmals, die Werbetätigkeit zu erhöhen: „Jeder Kamerad, jede Kameradin wirbt im Werbemonat November wenigstens ein neues Mitglied.“ Zudem wurde betont, dass „alle Kameraden, die in der Zeit vom 1. bis 30. November 1934 wenigstens 10 neue Mitglieder geworben haben, [...] als Anerkennung einen schön gedruckten Wandspruch von Konrad Henlein, mit dessen eigenhändiger Unterschrift“ erhalten sollten.<sup>51</sup>

Durch diesen Druck auf die Ortsgruppen bemühte sich die SHF, einen hohen Organisationsgrad zu erreichen. Es wurde nicht nur versucht, die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen; Ziel der SHF war es vielmehr, die Bevölkerung in ihre Reihen aufzunehmen. Auf diese Weise entstand innerhalb von zwei Jahren eine Partei, die alle seit Jahren existierenden deutschen Parteien in ihrer Mitgliederzahl übertraf.<sup>52</sup> Henleins Ankündigung, nicht eine Partei, sondern eine alle Deutschen umfassende Volksgemeinschaft<sup>53</sup> schaffen zu wollen, schien zumindest zahlenmäßig in Erfüllung zu gehen.

### *Der Wahlkampf 1935*

Die Wahlen zur Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik fanden am 19. Mai 1935 statt. Die Aussichten der SHF, ihren selbst gewählten Anspruch durchzusetzen, alle Deutschen in der Tschechoslowakei zu vertreten, waren gut. Ihre Mitgliedszahlen stiegen rasant, ebenso die Anzahl der Ortsgruppen. Im Oktober 1934 hielt die Heimatfront ihre erste große Kundgebung nach der Gründung ab. Vor 20.000 Anhängern in Böhmisches-

50 NA, SdP, 7 HS-WA, Karton 22, Werbeweisung Nr. 1, An alle Ortsleitungen, 22. Juni 1934.

51 NA, SdP, 7 HS-WA, Karton 22, Werbeweisung Nr. 6, An alle Ortsleitungen, 25. Oktober 1934.

52 Der BdL hatte 1930 als mitgliederstärkste Partei 120.000 Mitglieder, die DSAP 80.000, nach: N. LINZ, *Binnenstruktur*, S. 207 und S. 217.

53 *Konrad Henlein spricht*, S. 5.

Leipa (Česká Lípa) sprach Konrad Henlein über die programmatische Ausrichtung der SHF. Danach erreichte die Begeisterung für die Heimatfront ihren Höhepunkt. Die Bewegung betrachtete ihre Hauptaufgabe nun darin, diese Begeisterung bis zu den Wahlen noch zu steigern und anschließend in Wählerstimmen umzusetzen.

Erste Vorbereitungen für den Wahlkampf traf die Hauptleitung bereits im Juni 1934, als sie Richtlinien für die Auswahl der Kandidaten zur Wahl in das Abgeordnetenhaus veröffentlichte.<sup>54</sup> Als Mandatsträger der SHF sollten nur „unantastbare, intelligente Männer mit vorbildlichem Charakter in Frage [kommen], die unerschrocken, unbestechlich und uneigennützig von selbstloser Liebe zu Volk und Heimat beseelt sind“. Neben diesen pathetischen Vorschriften wurden aber konkrete Bedingungen genannt: Die Kandidaten sollten tschechisch sprechen können, gute Redner sein und als Vertreter ihrer Berufsgruppen angesehen werden können. Besonders geeignet seien Personen, die sich aufgrund ihrer bisherigen Tätigkeit als „Amtswalter in verschiedenen unpolitischen, kulturellen Verbänden, in Fach- und Wirtschaftorganisationen oder als ehemalige Soldaten um Volk und Heimat besonders verdient gemacht haben“.<sup>55</sup>

Damit wollte die Hauptleitung einerseits Kandidaten aufstellen, die in der Bevölkerung Rückhalt genossen und durch ihre Tätigkeit bereits bekannt waren; andererseits wurde so versucht, ehemalige Mitglieder der DNSAP von einer Kandidatur abzubringen. Dies hätte deren Unterstützung gestärkt und mögliche Maßnahmen der Regierung begünstigt, gegen die SHF als „Nachfolgeorganisation“ der verbotenen Parteien vorzugehen. Sollten doch Kandidaten entgegen der oben genannten Kriterien aufgestellt werden, hatte Henlein immer noch die Möglichkeit, diese abzulehnen: „Die Vorschläge dienen als Grundlage für eine persönliche Fühlungnahme der Hauptleitung mit den Vorgeschlagenen, die letzte Entscheidung über die Aufstellung unserer Abgeordneten und Senatoren der SHF trifft einzig und allein Konrad Henlein.“<sup>56</sup>

Für die Organisation der Mitgliederwerbung und des Wahlkampfs wurde in der SHF ein Werbeamt mit Frank als Vorsitzenden gebildet.<sup>57</sup> Die Mitgliederwerbung der SHF war von einem normalen Wahlkampf kaum zu unterscheiden. Sie umwarb die Deutschen durch die ständige Präsenz

54 NA, SdP, 4-HS, Karton 8, Wahlvorbereitungen, Bezirksweisung Nr. 8, 6. Juni 1934.

55 Ebd., Bezirksweisung Nr. 6, Wahlvorbereitungen.

56 Ebd.

57 NA, SdP, 7-HS-WA, Karton 22, Werbeweiseung Nr. 1, 22. Juni 1934. Zum schnellen Aufstieg Franks in der SHF siehe R. KÜPPER, *Karl Hermann Frank*, S. 60ff.

ihrer Mitglieder und durch häufige Propagandaaktionen. Für Frank war folgerichtig eine starke Parteiorganisation der Schlüssel zum Sieg bei den Wahlen: „Die Wahlen stehen vor der Tür und wir müssen mit dem am besten durchorganisierten Apparat in die Wahlen gehen, wollen wir einen durchschlagenden Sieg an unsere Fahnen heften.“<sup>58</sup>

Franks Wortwahl in den Weisungen erinnert an die Vorbereitung zu einem militärischen Kampf und an den Jargon der Nationalsozialisten aus dem benachbarten Deutschland: „...soviel als möglich fähige und arbeitswillige Kameraden zu ernster Mitarbeit heranziehen, sie mitkämpfend in die Bewegung einbauen...ALLE müssen helfen und jeder dabei an seinem besonderen Platz. ARBEIT MACHT FREUDE!“<sup>59</sup>

Alle Untergliederungen der SHF sollten einen fähigen „Kameraden“ zum Werbeleiter bestimmen. In größeren Orten und Städten war die Arbeit für eine Einzelperson natürlich viel zu umfangreich, daher musste der Werbeleiter in solchen Orten einen Werbeausschuss gründen. Ziel war es, „einen den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Mitarbeiterstab zu suchen, diesen in einem Werbeausschuss zusammenzufassen und so zu untergliedern, dass ein Ort (eine Stadt) wirklich in allen Bevölkerungsschichten in kürzester Zeit – sozusagen auf einen Schlag – bearbeitet werden kann“.<sup>60</sup>

Teil der Taktik war es, immer und überall präsent zu sein. Die Mitglieder sollten sofort erkennbar sein, genauso wie sämtliche Geschäftsstellen der Partei. Jedes Mitglied wurde angehalten, immer und überall sein Parteiabzeichen zu tragen und, soweit vorhanden, sein Fahrrad oder Auto mit Wimpeln der SHF zu schmücken. Die Geschäftsstellen mussten mit deutlich sichtbaren Aufschriften und dem Wappen der Heimatfront geschmückt werden.<sup>61</sup>

Sogar halböffentlichen Veranstaltungen, wie z.B. Kameradschaftsabenden und Gartenfesten der Ortsgruppen, wurde ein bestimmtes äußeres Erscheinungsbild vorgeschrieben. Frank legte Wert darauf, dass „bei der Auswahl des Dargebotenen der größte Wert auf gediegene und wirklich deutsche Vorträge und Darbietungen gelegt wird“. Er betonte: „[...] auch in unserem gesellschaftlichen Leben wollen wir einen neuen Geist und eine neue Art zeigen, denn nach unserer Haltung in der Öffentlichkeit und im täglichen Leben beurteilt man unsere Bewegung“.<sup>62</sup>

58 NA, SdP, 7-HS-WA, Karton 22, Werbeweisung Nr. 1, 22. Juni 1934.

59 Ebd.

60 Ebd.

61 Ebd.

62 NA, SdP, 7-HS-WA, Karton 22, Veranstaltungen und Feste, Werbeweisung Nr. 3, 12. Juli 1934.

Allerdings nahmen die Vorschriften des Werbeamts mit der Zeit auch grotesk bürokratische Züge an. So sollte jede Ortsgruppe an einem günstigen Platz ihres Orts einen Schaukasten aufhängen. Um die Einheitlichkeit zu sichern, schickte das Werbeamt eine genaue Skizze des Kastens mitsamt einer zentimetergenauen Bauanleitung. War eine Produktion vor Ort nicht möglich, konnte der Kasten auch bei der Hauptleitung bestellt werden.<sup>63</sup> Weitere, recht kleinlich anmutende Forderungen betrafen das gesellschaftliche Verhalten der Mitglieder: „Unsere gesellschaftliche Haltung VERBIETET ES UNS, zum „Sudetendeutschen Marsch“, „Marsch der Heimatfront“, „Hohenfriedberger Marsch“, „Fehrbelliner Marsch“ [...], kurz zu allen alten und neuen Märschen, die für uns mehr sind, als andere beliebige Musikstücke, ZU TANZEN“.<sup>64</sup>

Je näher der Wahltermin rückte, desto konkreter wurden die Maßnahmen, die Frank in seinen Weisungen empfahl. Zur Vorbereitung auf den eigentlichen Wahlkampf sollten die Ortsgruppen Wählerverzeichnisse anschaffen, um über die Adressen aller in Frage kommenden Wähler zu verfügen. Dies war notwendig für die Versendung von Flugblättern in Briefform, die sich direkt an Angehörige verschiedener Berufsstände richteten. Auch hier bewies Frank wieder seine bürokratische Gründlichkeit, indem er den Ortsgruppen genau vorschrieb, wie die Briefe zu frankieren und zu beschriften seien.<sup>65</sup> Zudem bestand er auf der Einrichtung von Klebe-, Mal- und Plakatträgerkolonnen. Diese sollten aus drei bis vier Personen bestehen, Plakate kleben und kurze Parolen malen, auf Bretterzäune, Scheunentore, Gehsteige etc. Noch wirkungsvoller aber seien Plakatträger, vor allem als Kolonnen auf belebten Straßen.

Auch Musik und Sprechchöre sollten zur Werbung eingesetzt werden. Musik gehöre, so Frank, in jede Versammlung und sollte jeden Aufmarsch begleiten. Empfohlen wurden alte Militärmärsche, da diese an die „Zeiten wahrer Kameradschaft“ erinnern würden. Besonderen Wert legte er auf Sprechchöre. Während des Wahlkampfs sollten Gruppen entweder zu Fuß oder von Lastautos aus sich ständig wiederholende, kurze Parolen rufen.<sup>66</sup>

Die Parolen für die Sprechchöre wurden vom Werbeamt geliefert. Es gab „boshafte“ und „ernsthafte“ Sprechchöre. Unter den boshaften Sprechchören

63 Ebd., Aushängkästen, Werbeweisung Nr. 7, 5. Dezember 1934.

64 NA, SdP, 7-HS-WA, Karton 22, Gesellschaftliche Haltung, Werbeweisung Nr. 7, 5. Dezember 1934.

65 Ebd., Flugblätter in Briefform Nr.1–5, Werbeweisung Nr. 8, 29. Januar 1935.

66 NA, SdP, 7-HS-WA, Karton 22, Klebekolonnen, Malkolonnen, Plakatträgerkolonnen, Musik, Sprechchöre, Werbeweisung Nr. 8, 29. Januar 1935.

finden sich gegen die Arbeiterparteien gerichtete Parolen: „Wer kann saufen, wer kann prassen? Die Bonzen durch den Kampf der Klassen“, „Wer hasst das Deutsche bis auf´s Blut? Die fremde rote Bonzenbrut!“ oder – mit einer antisemitischen Zielrichtung – „Wo sind die roten Führer her – vom roten Meer, vom roten Meer!“. Auch die anderen deutschen Parteien waren Ziel boshafter Phrasen: „Der Deutsche wählt nicht klerikal, Liste 12<sup>67</sup> ist seine Zahl!“ oder „An Spina, Zierhut, Hacker, Stöhr, glaubt kein deutscher Bauer mehr!“.

Die ernsthaften Parolen waren zum Großteil auf Konrad Henlein als Führer der SHF ausgerichtet, z.B. „Mit Konrad Henlein für Arbeit und Brot – Wählt Liste 12“ oder „Wer hat den Keil in die Parteien getrieben, dass sie wie Spreu im Weizen zerstioben – Konrad Henlein“. Einige waren an nationalsozialistische Parolen angelehnt, z.B.: „Ein Volk, ein Wille, ein Ziel – Wählt Liste 12“ und „Heimatland und deutschen Glauben, lassen wir uns niemals rauben – Wählt Liste 12“.<sup>68</sup>

Alle Plakate, Flugblätter und Handzettel wurden von der Hauptstelle vorbereitet und den Ortsgruppen kostenlos zugeschickt. Eine Ortsgruppe, die eigene Flugblätter fertigen wollte, musste diese der Hauptstelle vorlegen, um zu prüfen, ob sie den gesetzlichen Vorschriften und den Wahlpropagandavorgaben der SHF entsprachen. Flugblätter sollten immer schlagartig verteilt werden, am besten nach Theater- und Kinovorstellungen, nach Ende der Sonntagsgottesdienste, nach Sportveranstaltungen, bei den Arbeitslosenstempelstellen und in den Arbeitsstätten.<sup>69</sup>

Handzettel dagegen waren für den täglichen Gebrauch bestimmt. Jedes Mitglied hatte ständig solche Handzettel mit sich zu führen. Sie sollten auf der Straße den Menschen in die Hand gedrückt, von Kaufleuten und Kellnern als Rechnungszettel benutzt, von Reisenden im Zug liegen lassen gelassen und den Menschen zum Einkauf dazugelegt werden.<sup>70</sup>

Für die SHF bestand kaum ein Unterschied zwischen Wahlkampf und Mitgliederwerbung. Die Mitgliederwerbung war unter dem Vorzeichen, eine „Volksgemeinschaft“ zu schaffen, das wichtigste Ziel der Heimatfront. Die Idee war es dabei, durch eine hohe Mitgliederzahl ein Gemeinschaftsgefühl zu schaffen, durch das auch Familienangehörige und Freunde von Parteimitgliedern mobilisiert werden konnten.

67 Der SdP war die Listenzahl 12 zugelost worden.

68 NA, SdP, 1-KH, Karton 4, Boshafte und ernsthafte Sprechchöre.

69 NA, SdP, 7-HS-WA, Karton 22, Allgemeine Flugblätter, Werbeweisung Nr. 8, 29. Januar 1935.

70 Ebd., Handzettel, Werbeweisung Nr. 8, 29. Januar 1935.

## *Propagandamittel*

Die Motive der SHF-Flugblätter und -Plakate lassen sich in drei Kategorien aufteilen. Die erste Kategorie griff das Thema der „Volksgemeinschaft“ auf, die zweite Kategorie sprach einzelne Berufsstände direkt an und in die dritte Kategorie fallen Flugblätter, mit denen der politische Gegner angegriffen wurde. Das übergeordnete Thema aller dieser Schriften war eine zu schaffende und notwendige Einheit der Deutschen.

Zu der ersten Gruppe gehört das wohl bekannteste Motiv: Drei Personen – ein Intellektueller, ein Bauer und ein Arbeiter – halten jeweils ein Schild mit dem Wappen der SHF vor ihre Körper. Die Überschrift bzw. der Titel lautet: „Einer für alle, alle für einen“. Jede dieser Figuren repräsentiert einen Berufsstand, der hinter dem Schild der SHF Schutz sucht. Die Symbolik sollte eine unter dem Dach der SHF stehende Gemeinschaft der verschiedenen Berufsstände, in der ein jeder dem anderen hilft, andeuten.<sup>71</sup> Ein weiteres Flugblatt greift dasselbe Motiv auf, nur halten sich die Figuren hier an den Händen und bilden einen Kreis. Die Bildunterschrift lautet: „Zusammenschluss aller Stände bringt uns den Sieg! Wählt SHF (Konrad Henlein)“.<sup>72</sup> Besonders deutlich ist ein drittes Flugblatt unter der Überschrift: „Schafft Raum für die Volksgemeinschaft! Wählt Sudetendeutsche Heimatfront!“. Dort ist ein Arbeiter zu sehen, der ein SHF-Symbol auf seiner Kleidung trägt und mit seinem Werkzeug symbolisch die Wände zwischen den parlamentarischen Klubs der deutschen Parteien einreißt. Das Motiv suggeriert, das der einzige Weg zur Volksgemeinschaft über die Vereinigung aller Parteien führt.<sup>73</sup>

Zur zweiten Kategorie gehören kunstvoll gezeichnete Flugblätter, die direkt und persönlich eine Berufsgruppe ansprechen. Es gibt Motive für Akademiker, für das Handwerk und das Gewerbe, für ehemalige Soldaten, Mütter, Bauarbeiter usw. Alle Flugblätter sind mit einem individuellen Text versehen, der die jeweilige Gruppe anspricht. „Du bestimmst mit deinem Stimmzettel das Schicksal deiner Kinder! Denke an ihr Wohl, an ihre Zukunft!“ ist an die Mütter gerichtet, während die ehemaligen Soldaten mit „Gefahr verbindet! Ihr Frontkämpfer habt im Kriege erkannt: Nur geschlossener Einsatz und einheitliche Führung verbürgen Erfolg“ angesprochen werden und die Akademiker an ihre Verpflichtung erinnert werden, sich über

71 NA, SdP, 6-HS-HP, Karton 21, Flugblatt „Einer für alle, alle für einen“.

72 Ebd., Flugblatt „Zusammenschluss aller Stände bringt uns den Sieg“.

73 Ebd., Flugblatt „Schafft Raum für die Volksgemeinschaft“.

Standesdünkel und separatistische Bestrebungen hinweg in die große Front aller heimattreuen Deutschen im Lande einzugliedern.<sup>74</sup>

Die dritte Kategorie der Flugblätter attackiert die politischen Gegner, zumeist die Sozialdemokraten (DSAP), häufig aber auch den Bund der Landwirte. Ein gegen die Sozialdemokraten gerichtetes Motiv ist ein übergewichtiger Mann, der Zigarre rauchend in einem Sessel sitzt und von gebeugten und schwitzenden Arbeitern getragen wird. Auf dem Sessel sind die drei Pfeile der DSAP abgebildet, allerdings zeigen sie nach unten. Betitelt ist das Plakat mit: „Volk im Dreck. Bonzen im Speck.“<sup>75</sup> Ein anderes Flugblatt zeigt wieder einen unnatürlich übergewichtigen Mann vor einer ausgebrannten Fabrikrüine mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm in der Hand. Auch hier tauchen wieder die Symbole der DSAP, die drei Pfeile auf, auch diesmal nach unten gerichtet. Die Überschrift lautet: „Der letzte rote Schrei – wählet sudetendeutsche Partei“.<sup>76</sup> Häufig findet sich auf Handzetteln auch der Begriff „Bonzokratie“, ein Kunstwort aus „Sozialdemokratie“ und „Bonze“.<sup>77</sup>

Der BdL wurde von der SHF durch das Flugblatt „Volksgemeinschaft der Tat“ angegriffen. Dort werden die Bauern aufgefordert, in einer Front mit dem „volksbewussten“ deutschen Arbeiter im Kampfe um deutsches Lebensrecht zu stehen und sich vom BdL abzuwenden, da dieser noch in letzter Stunde die Einigungsverhandlungen mit der SHF mutwillig zerschlagen habe.<sup>78</sup>

Es finden sich also vielfältige Plakate und Flugblätter der SHF, die aufwändig produziert und intelligent gestaltet wurden. Grundthema war der Beitritt zur Volksgemeinschaft, die in den Motiven immer mit der SHF gleichgesetzt wurde. Die Heimatfront versuchte jede Berufsgruppe mit ihren Flugblättern zu erreichen und entwickelte auch für jede einzelne Berufsgruppe einen individuellen Text. Sie griff mit den Parolen und Symbolen besonders der ersten Kategorie den bei allen nicht-marxistischen Parteien vorherrschenden „Einigungs-Diskurs“ auf, der sich besonders im Begriff der Volksgemeinschaft manifestierte. Dadurch stellte sich die SHF auch symbolisch über die anderen Parteien.<sup>79</sup>

Die politischen Gegner wurden anhand bestimmter Strategien bekämpft: Die Sozialdemokraten wurden immer als „Bonzen“ beschimpft, die nichts

74 Ebd., Flugblätter „Akademikerschaft verpflichtet“, „Handwerk und Gewerbe“, „Deutsche Mütter“, „Gefahr verbindet“, Wir bauen“ u.a.

75 NA, SdP, 6-HS-HP, Karton 21, Plakat „Volk im Dreck. Bonzen im Speck“.

76 Ebd., Flugblatt „Der letzte rote Schrei“.

77 Ebd., Handzettel „Bonzokratie“.

78 Ebd., Flugblatt „Volksgemeinschaft in der Tat“.

79 D. NEUTATZ, Wahlsieg 1935 und die Macht der Diskurse, S. 169.

für den Arbeiter, aber viel für sich getan hätten. Diese Motive zeigen immer wohlgenährte Männer, die mageren Arbeitern oder Fabrikruinen gegenüber gestellt werden. Zusätzlich suggerierten noch die nach unten gerichteten Pfeile der Sozialdemokratie, wohin der Weg der DSAP führe: ins Elend.

Dem Bund der Landwirte wurde vorgeworfen, für das Scheitern der Verhandlungen mit der SHF verantwortlich zu sein. Henlein hatte direkt nach der Gründung der SHF Verhandlungen mit dem BdL aufgenommen, um diesen als „Landstand“ in die Heimatfront aufzunehmen. Diese Gespräche brachten jedoch, vor allem wegen der unerfüllbaren Forderungen von Konrad Henlein, kein Ergebnis. Das endgültige Scheitern der Verhandlungen im Januar 1935 schlachtete die SHF sehr medienwirksam aus, indem sie dem BDL die Alleinschuld für die Verhandlungen zuschob.<sup>80</sup> Auch dabei wird dem BDL vorgeworfen, gegen den allgemeinen Konsens der „Einigkeit“ verstoßen zu haben – einmal, weil er die Verhandlungen mit der SHF habe scheitern lassen, und weil der BDL sich nur für seine Klientel interessiere und damit die Volksgemeinschaft sabotiere.

Angesichts der Vielfalt und der Professionalität der Flugblätter lässt sich sagen, dass die Propaganda der SHF durchaus die Form eines modernen „Kampagnenwahlkampfes“ aufwies. Die aufwendig gestalteten und selten mit Standardtexten versehenen Flugblätter und Handzettel zeugen von einer immensen Kreativität im Werben um neue Mitglieder und Wählerstimmen.

### *Kundgebungen*

Das wichtigste Wahlkampfinstrument der SHF waren ihre Versammlungen. Die junge Partei brachte es in der kurzen Zeit bis zu den Wahlen im Mai 1935 zu einer unglaublichen Perfektion in der Choreographie ihrer Versammlungen. Henlein und seine Mitstreiter aus dem KB hatten in der Durchführung von Veranstaltungen bereits Erfahrungen aus der Zeit des Turnverbands. Das 1933 von Henlein organisierte erfolgreiche Turnfest von Saaz (Žatec) bildete die Schablone für die weiteren Kundgebungen der SHF.

Die erste große Kundgebung der SHF nach ihrer Gründung fand in Böhmischem Leipa (Česká Lípa) statt. Henlein war unter Druck geraten, programmatisch Stellung beziehen und die Haltung seiner Bewegung festlegen zu müssen. Die

<sup>80</sup> JENS-HAGEN ESCHENBÄCHER, Zwischen Schutzbedürftigkeit und Alleinvertretungsanspruch: Die Beziehungen der Sudetendeutschen Heimatfront zu den traditionellen bürgerlichen deutschen Parteien in der Tschechoslowakei 1933-1935, *Bohemia* 39/1998, S. 323–349, hier S. 340, Fußnoten 76 und 77.

Hauptleitung beschloss, dem Druck nachzugeben und die programmatische Erklärung mit einer ersten größeren öffentlichen Kundgebung zu verknüpfen. Die ursprünglichen Planungen sahen zuerst Karlsbad (Karlovy Vary) als Veranstaltungsort vor. Dort sollte die Veranstaltung am 7. Oktober 1934 stattfinden und den Titel „Tag der Volksgemeinschaft“ tragen. Da aber die deutschen Sozialdemokraten eine Gegenveranstaltung angekündigt hatten, verboten die Behörden aus Angst vor Ausschreitungen beide Kundgebungen. Auch die drei Tage später angemeldete Veranstaltung unter der Losung „Tag der Heimat“ in Gablonz (Jablonec) wurde durch ein paralleles Treffen der Sozialdemokraten verhindert. Erst nach Intervention der deutschen und tschechoslowakischen Agrarierparteien bei ihren sozialdemokratischen Partnern in der Prager Regierung durfte die SHF-Kundgebung am 21. Oktober 1934 in Böhmisches-Leipa (Česká Lípa) stattfinden.<sup>81</sup>

Die Veranstaltung wurde ein großer Erfolg. Henlein konnte seine programmatische Rede vor etwa 20.000 ordentlich in Reih und Glied aufmarschierten SHF-Mitgliedern halten. Die Kundgebung war im Vorfeld sorgfältig vorbereitet worden, um den Eindruck einer geeinten Bewegung sowohl gegenüber der Bevölkerung, als auch gegenüber dem Staat zu demonstrieren.<sup>82</sup> So marschierten die Mitglieder der SHF diszipliniert und ordentlich auf, standen zu Kolonnen zusammengefasst und hörten Henleins Rede gebannt zu. Der Platz war gesäumt von Fahnen in den Farben der SHF und Spalieren von Ordnern. Es wurden Märsche gespielt und Henlein sprach von einem erhöhten Podium zu den Massen. Nach der Kundgebung marschierten alle wieder geordnet ab und zerstreuten sich anschließend ohne Zwischenfälle.<sup>83</sup>

In der Folge hatte Dr. Richard Goldberg für die SHF spezielle Richtlinien entworfen, nach denen Versammlungen organisiert werden sollten. Gesetzlich vorgesehen und absolut nötig sei demzufolge ein Ordnerdienst. Dieser habe unverzüglich gegen Äußerungen und Handlungen, die gegen geltendes Recht verstoßen, einzuschreiten. Wichtiger war aber, dass sich „Störer politischer Veranstaltungen nach § 4 des Versammlungsschutzgesetzes vom 12. 08. 1921 strafbar“ machten.<sup>84</sup>

81 J. KRACIK, *Aktivismus*, S. 270–271.

82 M.W. CAMPBELL, Henleins Flying Bicycle Brigades, S. 208.

83 NA, SdP, 27-PA, Karton 48, Bilder der Kundgebung in der Zeitung „Der Deutsche“, Berlin, vom 27. Oktober 1934.

84 NA, SdP, 4-HS, Karton 8, S. 2, Goldberg, R., Die politische Versammlung! Ihr Wesen, ihre Vorbereitung und ihre Durchführung, undatiert.

Auf dieser Grundlage richtete die SHF einen Ordnerdienst ein, der auf allen Veranstaltungen nicht nur Schutz garantierte, sondern auch als Teil der Versammlung fungierte. So sollten die Ordner auf jeden Fall vor der Bühne eine geschlossene Reihe bilden, die Ein- und Ausgänge flankieren und auch den Saal von außen schützen bzw. die Tribüne auch von hinten bewachen.<sup>85</sup> Das hierfür benötigte Personal kam bereits einer kleinen Versammlung gleich und muss auf die Besucher beeindruckend und auch martialisch gewirkt haben.

Der Saal, so die Empfehlungen, müsse mit Spruchbändern ausgeschmückt werden und die Aufmerksamkeit der Besucher durch Märsche, Sprechchöre und kurze, schlagwortartige Ansprachen vor dem Beginn der Kundgebung wach gehalten werden. Die Versammlung habe unbedingt pünktlich zu beginnen und die Redezeit der Referenten müsse im Durchschnitt 15 Minuten betragen. Störungen der Versammlungen sollten durch die Ordner unterbunden werden, wobei die Beseitigung der Störung keinesfalls auffälliger als die Störung selbst sein dürfe. Nach dem Ende der Versammlung werde entweder ein vorher bestimmtes Lied gesungen oder ein Marsch gespielt. Ständig wiederholte Sprechchöre sollten die Stimmung aufrechterhalten und bis zum Schluss steigern.<sup>86</sup>

Eine solche Versammlung bedurfte umfangreicher Werbemaßnahmen. Goldberg schrieb dazu: „Die Leitlinie für die Werbung zur Versammlung hat das Prinzip der Steigerung zu sein“.<sup>87</sup> Zuerst stünde die Werbung von „Mann zu Mann“. Die eigenen Anhänger sollten zuerst im kleinen Kreis werben, in befreundeten Familien, in Betrieben, in Verbänden und Vereinen. Dann erst wäre der Zeitpunkt für eine Pressekampagne gekommen. Zuerst sollten vereinzelt lokale Meldungen veröffentlicht werden, später dann Aufsätze zum Thema der Versammlung. Flankierend hierzu seien Anzeigen zu veröffentlichen. Erst dann dürften Plakate angebracht werden, jedoch sollten nicht alle in der Öffentlichkeit geklebt werden. Die Mehrzahl müssten in halböffentlichen Räumen wie Geschäftsläden, Friseursalons, Gaststätten, Wartezimmern, Schaufenstern und natürlich auch am Versammlungsort ausgehängt werden. Letzte Stufe der Werbung seien dann Plakatträger und Werbewagen. Lastwagen sollten mit Spruchbändern beklebt werden, mit Fahnen geschmückt sowie mit jungen Anhängern, die Sprechchöre rufen, besetzt werden. Eine andere Variante sei der Lautsprecherwagen, der auch

85 Ebd., S. 6. Siehe auch: NA, SdP, 7-HS-WA, Karton 22, Wahlversammlungen, Werbeweisung Nr. 8, 29. Januar 1935.

86 NA, SdP, 4-HS, Karton 8, Goldberg, Die politische Versammlung, S. 7.

87 Ebd., S. 4.

in andere Orte in der Umgebung fahren könne, um dort mit Musik für die Veranstaltung zu werben.<sup>88</sup>

Nach diesem Plan begann die SHF, ihre Versammlungen zu organisieren, und zwar gemäß Goldbergs Schlussworten: „Die gut vorbereitete, großzügig und geschickt durchgeführte Versammlung ist ein Meisterstück kollektiver Willensbildung und jede solche gelungene Versammlung ein Schritt näher zum Siege einer politischen Kampfbewegung.“<sup>89</sup>

Die SHF veranstaltete im Wahlkampf viele solcher Veranstaltungen. Konrad Henlein hatte die Idee, vor der Wahl eine Rundreise durch das gesamte von Deutschen besiedelte Gebiet zu unternehmen und in jedem größeren Ort eine Rede zu halten.<sup>90</sup> Waren in Böhmisches-Leipa bereits 20.000 Besucher gekommen, erreichten die Teilnehmerzahlen während seiner Rundreise sogar noch höhere Werte. In Teplitz (Teplice) versammelten sich am 11. Mai 1935 rund 40.000 Menschen, um Henlein zu hören. Ein unbekannter Autor schrieb in einem Bericht über die Reise: „Es war ein fantastischer Anblick. Wie das Brausen eines wogenden Meeres brandeten die Heilrufe dem Führer entgegen.“<sup>91</sup> Im Schnitt kamen zu den Veranstaltungen dieser Rundreise zwischen 10.000 und 15.000 Menschen, um Henlein zu sehen und zu hören.

Durch diese Veranstaltungen versuchte die SHF, einen Kult um ihren Parteiführer Henlein zu schaffen. Alle Veranstaltungen wurden mit „Konrad Henlein spricht“ angekündigt. Es gab Film- und Radioaufnahmen sowie Postkarten vom Geburtshaus Henleins.<sup>92</sup> Er stand bei seinen Reden immer auf einem Podium über den Zuhörern, geschützt von einer geschlossenen Reihe von Ordnern. So wurde sein Nimbus als Führer zusätzlich unterstrichen.<sup>93</sup>

Nachdem in Znaim (Znojmo), trotz eines immensen Sicherheitsaufgebots, auf Henlein geschossen worden war,<sup>94</sup> begann die Propaganda der SHF sofort, dieses Ereignis auszunutzen. Umgehend erschienen in den Zeitungen Fotos vom Loch in der Windschutzscheibe und die Heimatfront forderte vom Staat medienwirksam mehr Schutz für Henlein und für ihre Veranstaltungen.<sup>95</sup>

88 Ebd., S. 5–6.

89 Ebd., S. 7.

90 W. BRAND, *Auf verlorenem Posten*, S. 104.

91 NA, SdP, I-KH, Karton 4, Bericht über die Wahlreise Konrad Henleins, 22. April 1935 bis 18. Mai 1935, Verfasser unbekannt, S. 13.

92 M. W. CAMPBELL, *Flying Bicycle Brigades*, S. 213.

93 Ebd., S. 208.

94 NA, SdP, I-KH, Karton 4, Bericht über die Wahlreise Konrad Henleins vom 22. April 1935 bis zum 18. Mai 1935, Verfasser unbekannt, S. 4–5.

95 M. W. CAMPBELL, *Flying Bicycle Brigades*, S. 214.

Mit der Erlaubnis des Staats für ihre Kundgebungen und dem Schutz, den die Polizei den Veranstaltungen zusicherte, machte die SHF ebenfalls Wahlkampf. So reagierten die Ordner immer mit übertriebener Härte auf Störer und instrumentalisierten diese Störungen, um die Polizei zu diskreditieren. Auf einer Veranstaltung in Tuschkau (Touškov) wusste die SHF zum Beispiel, dass etwa 300 Menschen kommen würden, unter diesen 15 Sozialdemokraten. K.H. Frank bot daher ein Kontingent von 300 Ordnern auf, die vor dem Beginn der Rede die Sozialdemokraten aus dem Saal entfernen sollten. Daraufhin kam es zu einer 20-minütigen Auseinandersetzung zwischen beiden Gruppen, bis die Staatspolizei sie schließlich trennen konnte. Am nächsten Tag verfasste die Hauptleitung ein Telegramm an die Kanzlei des Präsidenten, in dem sie sich über diesen Angriff der Sozialdemokraten empörte und eine strenge Untersuchung und Bestrafung forderte.<sup>96</sup>

Diese Taktik setzte die SHF auf verschiedenen Versammlungen ein. Sie provozierte ihre Gegner zu Angriffen, reagierte dann mit übertriebener Härte und ließ die Situation am Ende von der Polizei bereinigen. Dadurch erweckte die SHF immer den Anschein, Vertreterin der Ordnung zu sein, die gemeinsam mit der Polizei gegen die aggressiven Störer aus den Reihen der Sozialdemokraten und der Kommunisten vorging. Auf diese Weise wurden nicht nur die „Marxisten“ als Unruhestifter hingestellt, sondern auch der Staat verlor an Ansehen, da er scheinbar nicht in der Lage war, die Veranstaltungen zu schützen und für Ordnung zu sorgen.<sup>97</sup>

Der Wahlkampf der SHF beruhte im Wesentlichen auf ihrer Versammlungstätigkeit und auf der Diskreditierung des politischen Gegners. Angriffe gegen den Staat spielten eine untergeordnete Rolle und drückten sich durch subtile Hinweise und taktische Manöver aus. Die Versammlungen der SHF, wie zum Beispiel die Versammlung in Böhmisches-Leipa 1934, waren durchweg gut geplant und choreographisch inszeniert. Besucher mussten angesichts der Präsentation der Kundgebung (Fahnen, Märsche, Sprechchöre, etc) den Eindruck bekommen, auf einer nationalsozialistischen Kundgebung im Nachbarland zu sein.<sup>98</sup>

96 Ebd., S. 209.

97 Ebd., S. 210–212.

98 Das liberale deutsche Prager Tagblatt kommentierte die Veranstaltung vom 21. Oktober 1934 in Böhmisches-Leipa inhaltlich und betont, dass „Henlein die republikanisch-demokratische Staatsform bejaht, sich scharf gegen den italienischen Faschismus abgrenzt und dem deutschen nationalsozialistischen Totalitäts-Grundsatz das Recht der Persönlichkeit entgegensetzt“ und dass „Henlein den größten Wert darauf legt, den Tschechen als verhandlungsfähiger Partner [...] zu erscheinen.“, *Prager Tagblatt* 23. 10. 1934. Die vom Staat

Gleichzeitig aber hielt sich die Heimatfront streng an die Auflagen der Behörden.<sup>99</sup> Während der Veranstaltung wehten über dem Podium immer die tschechoslowakischen Staatsfahnen. Der vorgegebene Umfang der Veranstaltung wurde respektiert und auch die Ordner der SHF griffen immer erst ein, wenn eine andere Gruppe begonnen hatte, Unruhe zu stiften. So konnte sich der Besucher, je nach seiner politischen Haltung, entweder an der nationalsozialistisch aufgemachten Veranstaltung erfreuen oder an Henleins Beteuerungen, dem Staat gegenüber loyal zu sein.

Diese Taktik blieb den Behörden natürlich nicht verborgen, wie der deutsche Gesandte Koch nach der Kundgebung in Böhmisches-Leipa berichtete.<sup>100</sup> Vor der Wahl 1935 aber konnte der Staat die Veranstaltungen der SHF nicht mehr verbieten, wollte er ihr kein weiteres Material für ihre Propagandamaschinerie liefern.<sup>101</sup>

### *Die Finanzierung des Wahlkampfes*

Ein solch ausgedehnter Wahlkampf erforderte natürlich die entsprechenden Finanzmittel. Plakate und Flugblätter mussten produziert und gedruckt, Versammlungen organisiert, Autos gemietet und Gebühren bezahlt werden. Um diese Kosten zu decken, beschloss die SHF am 10. Februar 1935, einen Wahlfonds einzurichten. Dieser Wahlfonds wurde durch Wahlschatzmarken und Wahlschatzscheine finanziert. Es gab Marken für eine halbe Krone, eine Krone und 10 Kronen sowie Wahlschatzscheine für 100, 200 und 1000 Kronen. Die Marken zu einer halben oder einer Krone waren für arbeitslose Mitglieder und für Familienangehörige gedacht, während Mitglieder mit regulärer Arbeit die 10-Kronen-Marke erwerben sollten. Jedes Mitglied der SHF war verpflichtet, Wahlschatzmarken zu kaufen. Die Wahlschatzscheine waren für vermögende Mitglieder gedacht und sollten durch die Amtswalter an einflussreiche Freunde der Bewegung verteilt werden. Alle Beiträge mussten bis zum 28. März 1935 abgeliefert werden. Jede Gliederung war verpflichtet, für jedes Mitglied eine Mindestspende von 10 Kronen abzuliefern.<sup>102</sup>

finanzierte Prager Presse hingegen konzentrierte sich auf die Aufmachung und beschrieb die Kundgebung als „Nachbildung von Nürnberg“, *Prager Presse* 23. 10. 1934.

99 Ebd., S. 215.

100 Die tschechoslowakische Regierung und Konrad Henlein, Koch an AA, 23. Oktober 1934, in: *Gesandtschaftsberichte*, Dok. 74, S. 162–163.

101 M. W. CAMPBELL, *Flying Bicycle Brigades*, S. 207.

102 NA, SdP dodatky, Karton 1, Weisung Nr. 73 an alle Kreis-, Bezirks- und Ortsleitungen, 19. Februar 1935.

Die SHF hatte im März 1935 circa 200.000 Mitglieder,<sup>103</sup> so dass sich nach den Vorgaben der SHF ein Betrag von 2 Millionen Kronen ergeben hätte. Dies ist eine konservative Rechnung, da eventuelle Einnahmen durch die Wahlschatzscheine hier unberücksichtigt bleiben. Zu dieser Summe kamen Gelder, die der SHF nach dem Beitritt der Rosche-Gruppe aus Sudetendeutschen Industriekreisen zugute kamen,<sup>104</sup> auch wenn sich abschließend nicht bestimmen lässt, inwieweit deutsche Industrielle tatsächlich für den Wahlfonds der SHF gespendet haben.

Oft wird im Zusammenhang mit dem Wahlkampf der SHF die finanzielle Unterstützung aus dem Deutschen Reich diskutiert.<sup>105</sup> Hans Steinacher, der Vorsitzende des Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) hatte im Februar im Namen der SHF beim Finanzminister in Deutschland eine Wahlkampfhilfe in Höhe von 330.000 Reichsmark angefordert (entsprach etwa 3 Millionen Kronen).<sup>106</sup> Dem Auswärtigen Amt war die Summe jedoch zu hoch, da diese Gelder immer in bar in der Botschaft in Prag abgeholt werden mussten. Sollte ein Geldkurier dabei entdeckt werden, bestand die Gefahr, dass die SHF diskreditiert würde.<sup>107</sup> In der angespannten Situation 1935 fürchtete das Auswärtige Amt, dass dies zu einem Verbot der Bewegung hätte führen können. Daher beschritt Steinacher einen anderen Weg. Er wandte sich an Anton Kiesewetter, den Direktor der Kreditanstalt der Deutschen (KdD), der größten Genossenschaftsbank der Tschechoslowakei, und erkundigte sich, ob nicht ein Kredit für die SHF möglich wäre. Kiesewetter erklärte sich dazu bereit, wenn Steinacher Sicherheiten aufbringen könnte. Um diese Sicherheiten zu bekommen, wandte sich Steinacher an sudetendeutsche Großindustrielle, die sich bereit erklärten, für einen Teil der Summe aufzukommen, während für den restlichen Teil des Kredits der VDA bürgte.<sup>108</sup> Daraufhin war die Kreditanstalt der Deutschen bereit, die 330.000 Reichsmark an die SHF auszuzahlen. Nach den Wahlen im Oktober 1935 erstatte dann das Auswärtige Amt dem VDA das Geld, das an die Heimatfront geflossen war.<sup>109</sup>

103 NA, SdP, 5-HS-OA, Karton 14, April 1935 hatte die SHF 204.401 Mitglieder, Schaubild Mitgliederzahlen.

104 J.-H. ESCHENBÄCHER, Schutzbedürftigkeit, S. 347.

105 Jüngst wieder: E. HRUŠKA, *Konrad Henlein*, S. 119.

106 ADAP, Serie C: 1933–1937, Bd. III,2, Dok. 509, S. 947–948, Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrat Stieve, 27. Februar 1935.

107 J. KUČERA, Mezi Wilhelmstraße a Thunovskou: Finanční podpora Německé říše Sudetoněmecké straně v letech 1935–1938, *Český časopis historický* 95/1997, S. 387–410, hier S. 389.

108 RONALD SMELSER, *Das Sudetenproblem und das Dritte Reich 1933–1938. Von der Volkstumspolitik zur nationalsozialistischen Außenpolitik*, München 1980, S. 104.

109 ADAP, Serie C: 1933–1937, Bd. IV,2, Dok. 320, S. 667–668, Aufzeichnungen des Gesandtschaftsrat Altenburg, 2. Oktober 1935.

Neben diesen Geldern flossen noch weitere finanzielle Hilfen aus dem Reich, diese gingen jedoch an verhaftete Mitglieder der DNSAP und ihre Familien.<sup>110</sup> Die SHF verteilte diese Gelder,<sup>111</sup> hatte jedoch keine Möglichkeit, sie im Wahlkampf einzusetzen.

Im Wahlfonds der SHF befanden sich also mindestens 2 Millionen Kronen, die aus eigener Kraft gesammelt worden waren, sowie rund 3 Millionen Kronen (ca. 330.000 RM) aus Deutschland. Es ist anzunehmen, dass die SHF ihren Wahlkampf auch ohne deutsche Hilfe bis zur endgültigen Zulassung zur Wahl hätte finanzieren können. Da die Zulassung allerdings mit der Namensänderung in Sudetendeutsche Partei verbunden war, musste die Partei ihr komplettes Propagandamaterial neu drucken. Dies hätte sie wahrscheinlich ohne das Geld aus Deutschland nur schwerlich meistern können. Daher war diese Finanzspritze für die SHF sicherlich wichtig, auch wenn man nicht von einer vollen Finanzierung der Partei durch das Deutsche Reich sprechen kann.

### *Zusammenfassung*

Die SHF sollte die Verkörperung der „Volksgemeinschaft“ werden. Für den Führungszirkel aus dem Kameradschaftsbund um Konrad Henlein bedeutete dies in erster Linie, alle Deutschen ohne Unterschied von Klasse und Stand in einer Einheitsbewegung zu sammeln. Die anderen politischen Parteien wurden als spaltende Elemente gebrandmarkt und gleichzeitig innerhalb der Heimatfront eine Struktur präsentiert, die alle politischen und sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung vertreten sollte. Eine Mitgliedschaft in der SHF wurde so mit der Teilhabe an der Volksgemeinschaft gleichgesetzt. Um dies zu verdeutlichen, versuchte Frank die Außendarstellung der SHF zu vereinheitlichen. Dazu erließ er Vorschriften, die bis in die kleinsten Details vor allem den Wahlkampf, aber auch das Leben der Mitglieder bestimmten. Dies wirkte teilweise sehr bürokratisch, jedoch sollte ihm der Erfolg Recht geben.

Die permanente Präsenz von Symbolen, Spruchbändern, Plakaten, Sprechchören und Mitgliedern der SHF hatte sicherlich eine eindrucksvolle Wirkung auf die Bevölkerung. Diejenigen, die mit dem Nationalsozialismus liebäugelten, dürften sich an die Bilder aus dem deutschen Reich erinnert gefühlt

110 ADAP, Serie C: 1933–1937, Bd. II,1, Dok. 132, S. 230–233, Hilfsaktion für die sudetendeutschen Nationalsozialisten, Koch an AA, 17. Dezember 1933.

111 J. KUČERA, Mezi Wilhelmstraße a Thunovskou, S. 390.

haben, wo die NSDAP auf die gleiche Art überall ihre Parteisymbole präsentierte. Aber auch auf jene Teile der Bevölkerung, die dem Nationalsozialismus nicht anhängen, entfaltete sich trotzdem ein ungeheurer Gruppendruck, der Heimatfront beizutreten, schließlich begannen die Menschen aus ihrer unmittelbaren Umgebung, sich zur „Volksgemeinschaft“ zu bekennen.

Am 23. April 1935 eröffnete die SHF offiziell ihren Wahlkampf. Da dies für die Heimatfront nur eine intensivierete Mitgliederwerbung bedeutete, musste sie keine besonderen Maßnahmen einleiten. Die Mitglieder wurden bereits seit dem Juni 1934 auf den Wahlkampf vorbereitet. Trotzdem forderte Frank: „Von heute an steht jeder SHF-Kamerad stündlich im Dienste der Bewegung, Wahlkampf heißt auf Posten sein Tag und Nacht.“<sup>112</sup>

Der Wahlkampf der SHF/SdP bediente sich verschiedenster Mittel. Die Grundlage bildeten die persönliche Durchdringung der deutschen Gesellschaft durch bekennende Mitglieder und ein ständiger Druck auf die Bevölkerung, der Partei beizutreten. Hinzu kamen die allgegenwärtigen Plakate und Flugblätter, Kundgebungen und Versammlungen der Heimatfront sowie der Kult um Konrad Henlein.

Die Hauptstoßrichtung des Wahlkampfs ging nicht gegen den tschechoslowakischen Staat. Auch der Nationalitätenkonflikt zwischen Deutschen und Tschechen wurde nicht direkt thematisiert, auch wenn er im Hintergrund stets präsent war. Denn unausgesprochen war natürlich allen klar, dass die Deutschen mit einer Stimme auftreten sollten, um sich gegen die tschechoslowakische Mehrheit durchsetzen zu können. Das oberste Ziel war daher die Vereinigung aller Deutschen in der allumfassenden Volksgemeinschaft. Als ihren Hauptgegner betrachtete die Heimatfront die marxistischen Arbeiterparteien, insbesondere die deutschen Sozialdemokraten. Aber auch die anderen Parteien wurden attackiert, hierbei bildeten Angriffe auf den BdL den Schwerpunkt. Ihnen warf die SHF vor, das Volk durch Standespolitik oder Klassenpolitik zu spalten, also gegen die „Volksgemeinschaft“ zu handeln.

Nach der Auszählung aller Stimmen stand fest, dass die SHF ihrem Anspruch, eine Einheitsbewegung zu werden, gerecht geworden war. Sie konnte 1.249.530 Stimmen bei der Wahl in das Abgeordnetenhaus und 1.092.255 Stimmen bei der Wahl in den Senat auf sich vereinigen. Damit hatte sie in absoluten Zahlen sogar die stärkste tschechoslowakische Partei, die Agrarpartei, übertroffen. Prozentual erhielt die SHF 15,2 Prozent aller abgegebenen Stimmen für das Abgeordnetenhaus, im Vergleich zu 14,3 Prozent für die tschechoslowakischen

112 NA, SdP, 7-HS-WA, Karton 22, Werbeweisung Nr. 9, 23. April 1935.

Agrarier, im Senat errang sie 15 Prozent im Vergleich zu 14,3 Prozent der Tschechoslowakischen Agrarier.<sup>113</sup>

Noch wichtiger aber ist das Ergebnis der SHF unter den deutschen Parteien. Dort erreichte sie einen Anteil von 63 Prozent<sup>114</sup> der abgegebenen Stimmen. Die Sozialdemokraten und der BdL verloren über die Hälfte ihrer Stimmen, so dass die Wahl 1935 für die aktivistischen Parteien eine katastrophale Niederlage bedeutete. Die DSAP verlor etwa 200.000 Wähler, der BdL 160.000 und die DCVP 100.000.<sup>115</sup> Damit zeigte sich, dass das Konzept der SHF, die Bevölkerung zunächst einmal in ihre Strukturen zu integrieren, äußerst erfolgreich gewesen war. Offensichtlich ist aber auch, dass die absolute Ablehnung der SHF durch die Sozialdemokraten ebenso wenig geholfen hatte wie der Versuch der Agrarier, mit der SHF ein Abkommen zu schließen.

Die SHF hatte 1.249.530 Wählerstimmen auf sich vereinigen können, und zählte im Mai 1935 bereits etwa 250.000 Mitglieder.<sup>116</sup> Setzt man die Anzahl der Wähler in Relation zur Mitgliederzahl, wird offensichtlich, dass jedes Mitglied der Heimatfront nur etwa vier Wähler motivieren musste, um das Wahlergebnis zu realisieren. Die Durchdringung der Gesellschaft und die massive Mitgliederwerbung hatten also den erhofften Erfolg erbracht.

## Summary

### *The Election Campaign of the Sudeten-German Party in 1935*

*Marco Zimmermann*

The Sudeten German Heimatfront (SHF), later called Sudeten German Party (SdP), should have become the embodiment of the so called *Volksgemeinschaft* (“people’s community”). This meant for the leading group around Konrad Henlein to incorporate all Germans in Czechoslovakia without a look on their

113 Wahlen in die Nationalversammlung am 19. Mai 1935, in: *Statistisches Jahrbuch der Tschechoslowakischen Republik*, Prag 1937, S. 279–280.

114 Vergleicht man die Stimmen für die SHF mit der Gesamtzahl der Stimmen für die Deutschen Parteien, ergibt sich ein Anteil von 67 Prozent, Kracik schätzt jedoch den Anteil der deutschen Stimmen für die kommunistische Partei auf circa 110.000., J. KRACIK, *Aktivismus*, S. 299–300.

115 Ebd., S. 300.

116 Schätzung, da die SHF im April 1935 204.401 Mitglieder hatte, drei Monate später, im Juli 1935, bereits 371.315. NA, SdP, 5-HS-OA, Karton 14, Schaubild Mitgliederzahlen.

class or profession in a united movement. While all other political parties were denounced as disuniting elements, the Heimatfront offered a structure which should have represented all political and social needs of the German-speaking minority. The membership in the SHF/SdP was equalized with being part of the *Volksgemeinschaft* and so the campaign manager K. H. Frank tried to present a uniformed appearance of the party in the public. To succeed with this, he released detailed instructions which determined the whole election campaign but also the private life of the members.

The permanent public presence of party symbols, banners, posters, chanting, and uniformed members had an impressive effect on Sudeten Germans. Those, who admired the German Nazi movement, may have recognized certain similarities with the SHF/SdP. On the other hand, those who didn't sympathize with the Nazis were exposed to an immense peer pressure to join the Heimatfront, because everyone around them confessed to the *Volksgemeinschaft*.

The election campaign of the SHF/SdP used several instruments. The most important was the broad membership base and the constant pressure on the people to join the party so that they no longer hinder a unified German people's community. To complete the pressure, the party organized dozens of rallies in the German inhabited areas, distributed thousands of leaflets, and created a cult around the leader of the Heimatfront, Konrad Henlein.

The campaign wasn't aimed against the Czechoslovak state, but mainly against the leftist parties like the social democrats or the communists but also against the agrarians, organized in the league of Farmers (Bund der Landwirte). The SHF accused them of disuniting the German people by a class-oriented or profession-oriented policy.

After the vote counting, it was clear that the claim of the party to become a movement of all Germans in Czechoslovakia was a success. 1.249.530 inhabitants voted in the parliament elections for the Henlein-movement which is a total of 15,2 percent of all votes in the whole Republic and 63 percent of all German votes. Compared to the 1.249.530 voters in the elections, the conclusion is clear: each member of the SHF needed to persuade only four other friends, colleagues or relatives to achieve the victory. Therefore the concept of the Heimatfront, to incorporate the people into its structures, was very successful.